

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/35

Bonn, den 20. Februar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Sorge um Europa

81

Zum Europa-Kongreß der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion
am 25. und 26. Februar 1964 in Bad Godesberg
Von FRIEZE ERLER, MdB

3 - 4

Gesundheit erhalten - heute :

53

Die großen Parteien im Wettstreit um den Weg der Gesundheitspolitik

Von Dr. med. Horst Schmidt-Offenbach, MdB

4

"Die SPD ist schuld ..."

19

Das Gesundheitsministerium macht es sich leicht

5

Daneben gegriffen

18

TRYBUNA LUDU und Ernst Lemmer

5

Verdienstvoller Journalist und Verleger

27

Zum 60. Geburtstag von Arno Scholz

6

Bedeutliche Leistung der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

50

Hochbegabtenförderung für deutsche und ausländische Studenten

Chefredakteur Günter Markscheffel

20. Februar 1964

Sorge um Europa

Zum Europa-Kongreß der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion
am 25. und 26. Februar 1964 in Bad Godesberg

Von FRITZ E R L E R, MdB

Wir haben Sorge um Europa. Das europäische Einigungswerk stagniert seit langem. Die Abweisung Großbritanniens hat viele Hoffnungen enttäuscht. Sichtbar werdende Tendenzen auf wirtschaftspolitische Abschneidung der sechs Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von der übrigen Welt, vor allem auf agrarpolitischen Gebiet, wecken Verstimmung und schaffen Schwierigkeiten. Die von den Vereinigten Staaten von Amerika angebotene Partnerschaft mit einem zusammenwachsenden Europa hat noch keine verantwortliche Antwort gefunden. Dabei wissen wir alle, daß ohne die enge Verbindung mit den Vereinigten Staaten von Amerika weder die europäische Sicherheit gewährleistet werden kann noch die großen Aufgaben der Industrieländer in der Entwicklungshilfe und in dem Ringen um Sympathie für freiheitliche Lebensformen gemeistert werden können.

* * *

Nationalstaatliches Denken schiebt sich stärker in den Vordergrund. Der Gemeinschaftsgeist verkümmert. Bei Verhandlungen um Wirtschaftsfragen wird nur noch selten der eigene Vorteil in dem Wachstum einer blühenden Gemeinschaft gesehen, sondern häufig durch altmodisches Feilschen zum Nachteil anderer durchzusetzen gesucht.

Die französische Politik widersetzt sich der Stärkung der Gemeinschaftseinrichtungen und der Solidarität mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Sie will die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als Grundlage für europäisch genannte, in Wahrheit aber nationalstaatliche Machtansprüche benutzen. Leider wird dabei das Gift nationalstaatlicher Überheblichkeit wieder in die Seelen unserer Völker geträufelt. Dieses Gift wird um nichts weniger schädlich, wenn es sich europäisch statt individuell nationalstaatlich gibt. Auch die künftige europäische Gemeinschaft muß sich bei allem Bewußtsein ihres eigenen Wertes von der nationalstaatlichen Überheblichkeit der einzelnen europäischen Völker fernhalten und darf sie nicht einfach auf eine höhere Ebene übertragen.

* * *

Einzelgänge auf militärischem und aussenpolitischem Gebiet haben der westlichen Solidarität schwere Schläge versetzt. Sie tragen dazu bei, Europa und die USA einander zu entfremden, während doch die wichtigste Aufgabe ihre engere Verbindung zu sein hat. Der Konflikt zwischen der Sowjetunion und China wird nur dann aussenpolitisch positiv genutzt werden können, wenn der Westen seine eigene Gemeinschaft in Ordnung hält.

Deshalb gibt es eine Reihe dringender Aufgaben:

- * 1. Die vorhandenen europäischen Gemeinschaften dürfen nicht geschwächt werden, auch nicht mit der Behauptung mangelnder parlamentarischer Kontrolle der bestehenden Exekutiven.
- * 2. Es gilt im Gegenteil, die Gemeinschaftseinrichtungen zu stärken. Deshalb muß den hoffentlich bald verschmolzenen Exekutiven ein mit stärkeren Befugnissen ausgestattetes und hoffentlich in Bälde direkt gewähltes europäisches Parlament als wirksame Kontrollinstanz gegenüberstehen.
- * 3. Die Versuche, die Gemeinschaft der Sechs um beitrittswillige und zur Assoziation bereite Länder zu erweitern, müssen fortgesetzt werden. Die Absage des Januar 1963 an Großbritannien darf nicht das letzte Wort sein. Gerade die demokratisch-rechtsstaatliche Tradition Großbritanniens und der skandinavischen Länder ist für den freiheitlichen Geist der künftigen größeren europäischen Gemeinschaft unentbehrlich.
- * 4. Die europäische Gemeinschaft darf sich weder politisch noch wirtschaftlich von der übrigen Welt und erst recht nicht von ihren Partnern isolieren. Die Bundesrepublik Deutschland als ein auf den Export dringend angewiesener Industriestaat muß sich für einen möglichst ungehinderten Warenaustausch einsetzen, weil sie sonst ihren eigenen Wohlstand zerstört.
- * 5. Das Angebot auf Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten muß von Europa her ein Echo finden. Die USA wünschen, daß Europa mit einer Stimme spricht. Wenn das nicht die Stimme eines selbsternannten Vormundes sein soll, muß sich Europa zu diesem Zwecke organisieren, damit ein demokratisch legitimes Gemeinschaftsorgan als befugter Sprecher dem amerikanischen Partner gegenübersteht.

* * *

Die Gesamtheit dieser Probleme wird am 25. und 26. Februar 1964 in Bad Godesberg auf dem von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion veranstalteten Europa-Kongreß diskutiert werden. Viele ausländische Gäste und Sprecher werden zu diesem Kongreß erwartet. Zahlreiche an den europäischen Dingen interessierte Organisationen und Einzelpersonlichkeiten, die nicht der Sozialdemokratischen Partei angehören, werden an dem Kongreß teilnehmen. Damit wird sichtbar, daß die Sorge um Europa keine sozialdemokratische Parteiangelegenheit, sondern eine gemeinsame Sorge ist. Europa wird seine Stellung in der Welt nicht durch Ansprüche, sondern nur durch eigene Leistungen gestalten können.

+ + +

Gesundheit erhalten - heute !

Die großen Parteien im Wettstreit um den Weg der Gesundheitspolitik
Von Dr. med. Horst Schmidt (Offenbach), MdB

Als Willy Brandt anlässlich der Verkündung des sozialdemokratischen Regierungsprogramms im April 1961 in der Bonner Beethovenhalle forderte, daß der Himmel über dem Ruhrgebiet wieder blau werden müsse, erntete er von Seiten der damaligen Regierungsparteien nur Hohn und Spott wegen dieser Feststellung. Inzwischen scheint man aber auch dort erkannt zu haben, welche Bedeutung gerade den Umwelteinflüssen, gegen die der einzelne sich nicht wehren kann, zukommt. Die Gefahren von verunreinigter Luft, verschmutztem Wasser und des Lärmes nehmen immer mehr zu und bedrohen die Gesundheit unserer Bevölkerung. Schnelle und wirksame Maßnahmen sind zur Eindämmung dieser Gefahren notwendig, um das Schlimmste zu verhüten. Die SPD hat konsequent auf diese Gefahren hingewiesen und entsprechende Forderungen zu ihrer Beseitigung gestellt.

Fairer Wettstreit ist nötig

Heute kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß sich die CDU endlich anschickt, dem Weg der Sozialdemokraten zu folgen und in besonderen Fachkongressen Fragen von wesentlicher gesundheitspolitischer Bedeutung anzusprechen und öffentlich zu diskutieren. Nach zwei gesundheitspolitischen Kongressen der SPD, 1962 in Berlin und 1963 in Hamburg, hat jetzt die CDU auch einen ersten Schritt getan und damit das sozialdemokratische Angebot eines fairen Wettstreites in den wesentlichen Sachfragen der Gesundheitspolitik angenommen. Dies kann der Sache nur dienlich sein.

Die Oberhausener CDU-Tagung Ende Januar 1964 stand unter dem Motto: "Gesunde Umwelt - gesunde Menschen". In Anwesenheit von viel Prominenz wurde dort eine Reihe interessanter Referate gehalten, die einer kritischen Beurteilung wert sind. Es soll an dieser Stelle nicht untersucht werden, ob es richtig war, in einem so kurzen Zeitraum der Tagung nahezu alle Probleme der modernen Gesundheitspolitik - von der Vorsorge über die Umwelteinflüsse bis zu den Krankenhausproblemen - anzusprechen und ob ein echter Ertrag erzielt wurde. Die Vielfalt der Probleme wurde zwar aufgezeigt, der rechte Weg zur Erfüllung dieser Probleme aber nicht gewiesen. Auch das Referat der Fachministerin ließ nicht erkennen, wie und vor allem wann die notwendigen Aufgaben der

Gesundheitspolitik angepackt werden sollen. Aber der erste Schritt zur öffentlichen Diskussion dieser Probleme ist getan.

Zielstrebige Gesundheitspolitik der SPD

Wir Sozialdemokraten haben immer betont, daß die Fragen der Volksgesundheit nur als Gemeinschaftsaufgabe betrachtet werden dürfen. Wir führen den beschrittenen Weg zielbewußt fort und veranstalten gerade jetzt in Pforzheim einen weiteren Fachkongreß, der sich mit den Fragen befaßt, die der moderne Verkehr und die damit verbundenen Umwelteinflüsse mit sich bringen. Es geht dabei vor allem um die Probleme des Verkehrslärmes, der verunreinigten Luft, aber auch um gesundheitliche Vorbedingungen für verkehrsgerechtes Verhalten der Menschen.

Auf diese Weise werden die Notwendigkeiten in der Gesundheitspolitik Stück für Stück von uns aufgezeigt und zur Diskussion gestellt. Auch die Bundesregierung wird dann Stellung beziehen und beweisen müssen, daß schöne Worte allein nicht ausreichen, sondern daß nur Taten auf die Dauer der Volksgesundheit dienen.

+ * +

"Die SPD ist schuld ..."

Das Gesundheitsministerium macht es sich leicht.

sp - Wenn es bisher noch nicht bekannt war, jetzt wissen wir es. Die SPD ist schuld daran, daß die Bundesregierung bisher noch nicht wichtige Entwürfe vorlegen konnte. Die charnante Bundesgesundheitsministerin Dr. Schwarzhaupt warf jetzt auf einer Versammlung der hessischen CDU-Frauenvereinigung in Frankfurt der SPD vor, sie würde durch die Flut von Initiativanträgen die verantwortungsvolle Arbeit der Bundesministerien systematisch stören. Die Sozialdemokraten versuchten offenbar, mit diesen Anträgen zu den verschiedensten Fragenkomplexen der Gesetzgebungsarbeit zuvorzukommen und den Eindruck zu erwecken, als handele die CDU immer erst nach der Initiative der SPD.

Offenbar merkt Frau Dr. Schwarzhaupt gar nicht, wie sehr sie mit diesen Feststellungen die Inaktivität der Bundesregierung und ihres eigenen Ministeriums ausdrückt. Denn wenn die Opposition ohne Hilfe der gewiß nicht unterbesetzten Ministerialbürokratie energische Initiativen auf vielen Gebieten der Innenpolitik ergreift, dann zeigt sie damit, wie ernst ihr die Erfüllung der großen Gemeinschaftsaufgaben ist. Und wenn die Bundesregierung trotz umfangreichen Apparates nicht in der Lage ist, eigene Initiativen zu entwickeln, dann stellt sie sich selbst ein schlechtes Zeugnis aus.

+ * +

Daneben gegriffen

TRYBUNA LUDU und Ernst Lemmer

sp - Die parteiamtliche Warschauer Zeitung TRYBUNA LUDU hat anlässlich der Ernennung von Ernst Lemmer zum Bundesvertriebeneminister diesen als einen "Unterstützer der Politik des Kalten Krieges" bezeichnet. Nach dem wenig rühmlichen Rückzug der früheren Vertriebenenminister Oberländer und Krüger hätte es nahe gelegen, wenn man in Warschau die Ernennung Lemmers mit der Bemerkung zur Kenntnis genommen hätte, der neue Vertriebenenminister sei wenigstens nicht durch den Nationalsozialismus kompromittiert. Lemmers untadelige politische Vergangenheit hätte selbst in Warschau eine solche Feststellung rechtfertigen können, denn gerade dort hatte man anlässlich der Oberländer- und Krüger-Affäre immer wieder die Frage gestellt, ob man in der Bundesrepublik keinen Vertriebenenminister fände, der nicht Mitglied der NSDAP gewesen sei. Nun ist es auch wieder nicht recht. Die kommunistische Warschauer Zeitung muß sich den Vorwurf gefallen lassen, sie könne bei der Beurteilung der deutschen Politik nicht unterscheiden zwischen Leuten, die tatsächlich Hitler gedient haben und jenen, die gegen ihn standen.

+ + +

Verdienstvoller Journalist und Verleger

Zum 60. Geburtstag von Arno Scholz

sp - Der Herausgeber und Chefredakteur des Berliner TELEGRAF und der NACHTDEPRESCHÉ, Arno Scholz, kann am 22. Februar seinen 60. Geburtstag feiern. Das Leben dieses Mannes ist unlösbar verbunden mit dem Kampf für die deutsche Demokratie; für ihren Bestand nahm er mehr als einmal größte Gefahren auf sich. Der geborene Berliner hat das Zeitungswesen und Druckereigewerbe "von der Pike auf" gelernt und verbindet auch heute noch seine großen organisatorisch-kaufmännischen Fähigkeiten des Verlegers mit denen des temperamentvollen Journalisten. Als sich Arno Scholz nach der gefahrvollen illegalen Aktivität des Hitlergegners wieder seinen eigentlichen Aufgaben zuwenden konnte, entstand unter seiner Leitung in Berlin der TELEGRAF, jene bedeutende Tageszeitung, die an der Spitze des Kampfes der Berliner Sozialdemokratie gegen die Vergewaltigung durch den Kommunismus stand. Über ein Jahrzehnt ist Arno Scholz jetzt Stellvertretender Vorsitzender des Vereins Berliner Zeitungsverleger, er leitet die Sektion Berlin des Internationalen Presseinstituts, ist Präsidiumsmitglied des Kuratoriums UNTEILBARES DEUTSCHLAND und Vorsitzender des Ausschusses für Presse- und Verlagswesen in den Entwicklungsländern beim Bundesverband deutscher Zeitungsverleger. Aus dem Berliner TELEGRAF sind dank der umsichtigen Leitung von Arno Scholz in der Nachkriegszeit viele junge Journalisten hervorgegangen, von denen nicht wenige heute in der deutschen Publizistik einen guten Namen haben. Zahlreiche politische und biographische Werke, entweder von ihm selbst verfaßt oder in dem von ihm ebenfalls geleiteten AFANI-Verlag herausgegeben, zeugen von der umfassenden Wirksamkeit des 60-jährigen Arno Scholz. Wir sind gewiß, daß mit uns die deutsche Publizistik in Arno Scholz einen der entscheidenden Wegbereiter des Zeitungs- und Verlagswesens der Nachkriegszeit erblickt und ihm ihre herzlichsten Glückwünsche zum Geburtstag darbringt.

+ + +

Beachtliche Leistung der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Hochbegabtenförderung für deutsche und ausländische Studenten

sp - Eine beachtliche Leistung hat die FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG auf dem Gebiet der deutschen und ausländischen Stipendiatenförderung aufzuweisen. 1963 erhielten 430 deutsche und 133 ausländische Studenten Stipendien im Rahmen der Hochbegabtenförderung dieser Stiftung.

Den Hauptanteil der ausländischen Stipendiaten stellt Indien mit 23 Studenten. Es folgen Indonesien und Israel mit je 13, Marokko mit neun, Algerien mit acht, Griechenland mit sechs und Jugoslawien mit zwei Studenten. Angola, das Basuto-Land, Panama und Surinam sind mit je einem Studenten vertreten. Das Durchschnittsalter der ausländischen Studenten, die von der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG gefördert werden, liegt bei 29 Jahren.

Ausländer bevorzugen Medizinstudium

An der Spitze der von ausländischen Studenten gewählten Fakultäten steht die Medizin mit 27 Stipendiaten. Es folgen: Philosophie (21), Volkswirtschaft (15), und Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (11). Seltenerer Studienfächer, wie Textilchemie, Fototechnik, Theaterwissenschaften, Astronomie und Flugzeugbau wurden von je einem Studenten gewählt.

... Deutsche Jura und Volkswirtschaft

Von den 430 deutschen Stipendiaten der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG haben 48 bereits einen Studienabschluß, setzen aber mit Hilfe der Stiftung ihr Studium im Ausland fort. Die wichtigsten Berufsziele der deutschen Stipendiaten sind: spätere Tätigkeit im Rahmen der europäischen Organisationen, die wissenschaftliche Laufbahn, der auswärtige Dienst und die Lehrtätigkeit. Das juristische und volkswirtschaftliche Studium steht an erster Stelle.

Alle von der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG geförderten Studenten erhalten neben der materiellen Unterstützung eine ständige Betreuung durch Dozenten und pflegen ausserdem in mehrwöchigen In- und Auslandsseminaren sowie bei regionalen Zusammenkünften Kontakt.